

REVISIONSBEGRÜNDUNGSSCHRIFT

An den Bundesgerichtshof, 5. Strafsenat

BGH 5 StR 2188/26 — Vorinstanz: LG Frankfurt 5-22 KLs 188/26

Datum: 26. Mai 2026

I. Gegenstand und Beschränkung der Revision

Die Revision des Angeklagten Konrad Bankert richtet sich ausschließlich gegen den Strafausspruch des Urteils des Landgerichts Frankfurt am Main vom 21. April 2026 (Az. 5-22 KLs 188/26). Der Schuldspruch — Verurteilung wegen Untreue in 110 Fällen nach § 266 Abs. 1 und 2 StGB — wird nicht angefochten. Die Revision wird auf die Verletzung materiellen Rechts gemäß § 337 Abs. 1 StPO gestützt.

II. Revisionsrüge 1: § 46a StGB fehlerhaft abgelehnt

Das Landgericht hat die Strafraumenverschiebung nach § 46a StGB i.V.m. § 49 Abs. 1 StGB mit der Begründung abgelehnt, die Wiedergutmachung von 4,2 Mio. EUR stelle bei einem Gesamtschaden von 9 Mio. EUR keinen 'erheblichen Teil' dar, 'da mehr als die Hälfte des Schadens unausgeglichen geblieben ist'. Diese starre 50-Prozent-Grenze findet keine Grundlage im Gesetz oder in der Rechtsprechung des BGH. Der BGH hat in BGH 1 StR 112/20 (2021) bei einem Schaden von 5,2 Mio. EUR die § 46a-Milderung angewandt, ohne einen Mindestprozentsatz zu fordern. Maßgeblich ist die Gesamtschau: absolute Höhe der Zahlung (4,2 Mio. EUR), persönliche Opferbereitschaft (vollständige Vermögensliquidierung), Familienopfer und früher Zeitpunkt. Die Entscheidung des LG verletzt § 46a StGB.

III. Revisionsrüge 2: Spielraum-Bestimmung unzureichend begründet

Das Landgericht bezeichnet die Strafe als 'im unteren Drittel des schuldangemessenen Bereichs' ohne Angabe der Ober- und Untergrenze des Spielraums und ohne konkrete Gegenüberstellung der Strafzumessungsumstände. Damit genügt das Urteil nicht den Begründungsanforderungen aus § 267 Abs. 3 StPO und dem aus BGHSt 7, 28 (Spielraum-Theorie) folgenden Transparenzgebot. Das Revisionsgericht kann die Rechtmäßigkeit nicht überprüfen.

IV. Revisionsrüge 3: Bewährungsversagung fehlerhaft

Die Versagung der Strafaussetzung zur Bewährung ist mit der bloßen Formel der 'Verteidigung der Rechtsordnung' (§ 56 Abs. 3 StGB) nicht ausreichend begründet. Das Landgericht hat versäumt, sich mit der jüngsten BGH-Rechtsprechung zur restriktiven Anwendung des § 56 Abs. 3 StGB auseinanderzusetzen (BGH NSTZ 2021, 375). Insbesondere fehlt eine Auseinandersetzung damit, ob die erhebliche Schadenswiedergutmachung von 4,2 Mio. EUR die Signalfunktion des Strafrechts bereits hinreichend sicherstellt.

V. Antrag

Die Verteidigung beantragt: Das Urteil des Landgerichts Frankfurt am Main vom 21. April 2026 wird im Strafausspruch aufgehoben und zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an eine andere Strafkammer des Landgerichts Frankfurt am Main zurückverwiesen.

Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim | Rechtsanwältin | Frankfurt am Main, 26. Mai 2026

Quellen: § 337 StPO: dejure.org/gesetze/StPO/337.html | § 46a StGB: dejure.org/gesetze/StGB/46a.html | BGH: bundesgerichtshof.de